

sef: Länderworkshop für
nachhaltige Entwicklung 2017

Nachhaltigkeitsstrategien der Bundesländer. Kohärent handeln nach innen und außen

Rebekka Hannes

Fast alle Bundesländer haben in den letzten Jahren eine Nachhaltigkeitsstrategie, entwicklungspolitische Leitlinien, eine Internationalisierungsstrategie oder vergleichbare Dokumente verabschiedet. Ist es tatsächlich gelungen, Nachhaltigkeit in der Landespolitik zu verankern? Wie können angestrebte Veränderungen gemessen werden? Wie können globale Zusammenhänge und die Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) für die Menschen greifbar und erlebbar gemacht werden? Während des sef: Länderworkshops für nachhaltige Entwicklung diskutierten über 30 Teilnehmende aus insgesamt sieben Administrationen der Bundesländer sowie aus Bundesministerien, Landtagen und zivilgesellschaftlichen Organisationen bestehende Ansätze und innovative Projekte.



Jan Tiessen

Nachhaltigkeitsstrategien als Steuerungsinstrumente

Umwelt- und Klimaschutz, nachhaltige Stadtentwicklung, Mobilität, demografischer Wandel, nachhaltige Finanzpolitik. All diese Themen – und viele mehr – betreffen die Nachhaltigkeitspolitik auf Landesebene. Dies veranschaulichte Anne Quart, Staatssekretärin im brandenburgischen Ministerium der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz, zu Beginn der Veranstaltung. Ist es realistisch, diese komplexen Themenfelder in einer Nachhaltigkeitsstrategie zusammenzufassen und in der Landespolitik zu verankern? Jan Tiessen, Senior-Projektleiter der Prognos AG, analysierte die Aufgaben von Nachhaltigkeitsstrategien. Diese sollen nicht nur Handlungsbedarfe feststellen und Ziele festlegen. Sie sollen auch Prozesse steuern und strukturieren. Andere Ministerien müssen von den Inhalten und Zielen überzeugt werden – im Idealfall über die aktuelle Legislaturperiode hinaus und über Parteigrenzen hinweg. Für Tiessen ist dafür sowohl eine interministerielle Abstimmung auf Arbeitsebene als auch ein hochrangiges Abstimmungsgremium unterhalb der Kabinettssebene erforderlich.

Die Bundesländer kommen ihrer Verantwortung nicht nach

In der Praxis stellt sich dies schwierig dar. In den meisten Ländern sind die Nachhaltigkeitsstrategien an das Umweltministerium ange dockt. Viele relevan-

te Politikfelder liegen damit außerhalb des Einflusses des steuernden Ministeriums. Andreas Trautvetter, Mitglied des Beirates zur Nachhaltigen Entwicklung in Thüringen, berichtete von den Erfahrungen in seinem Bundesland. Auch dort ist das Umweltministerium für die Nachhaltigkeitsstrategie zuständig. Doch das Finanz- und das Justizministerium hätten de facto die Möglichkeit, bei allen Kabinettsentscheidungen ein Veto einzulegen. „Das Thema Nachhaltigkeit stattet niemand mit einem Veto aus“, kritisierte Trautvetter. „Es gibt einen immensen Nachholbedarf, das Thema ressortübergreifend zu verorten“, so sein Fazit.

Detlev Groß aus der Abteilung Europa und Internationale Beziehungen im Ministerium der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg stimmte dieser Einschätzung zu. Seiner Meinung nach werden die deutschen Länder ihrer Verantwortung in der Politikintegration nicht gerecht. „Nachhaltigkeitspolitik braucht Vordenker, Vorbilder und Beweger“, so Groß. Vordenker seien eher in Wissenschaft und Zivilgesellschaft zu finden. Dies bekräftigte Trautvetter, dessen Beirat für nachhaltige Entwicklung in Thüringen auf Initiative der Zivilgesellschaft durch die Landesregierung berufen wurde. Der Beirat agiere als unabhängiges Gremium; seine Arbeit werde jedoch nicht selten als Einmischung in Ressortangelegenheiten betrachtet.



Kerstin Wichmann und Frank Hönerbach

Warnung vor zu viel Optimismus

Auch die Verankerung von Nachhaltigkeitspolitik in den Landesparlamenten wurde kontrovers diskutiert. In der Regel gibt es zwar einen Umwelt-, aber keinen Nachhaltigkeitsausschuss. Parlamentarische Beiräte wie auf Bundesebene gibt es bislang noch nicht. Einzig in Thüringen wurde ein solcher kürzlich beschlossen; die Umsetzung bleibt abzuwarten. Ein Parlamentarischer Beirat sei jedoch kein Allheilmittel, warnte Frank Hönerbach aus dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB). Er könne nur effektiv sein, wenn

die Abgeordneten ihre Arbeit als interdisziplinär begreifen.

Was die ressortübergreifende Verankerung von Nachhaltigkeitspolitik angeht, warnte Tiessen vor zu viel Optimismus: „Man kann nicht zu viel von einer Regierung erwarten“, so seine Einschätzung. Nur wer einen Gewinn für sein Ministerium erzielen könne, lasse sich an Bord holen. Die Aufteilung in Ressorts müsse aber nicht zwangsläufig aufgebrochen werden. „Verkehrspolitiker dürfen Verkehrspolitiker bleiben“, so Tiessen. Fachpolitiker würden weiterhin gebraucht. Wichtig sei es, gemeinsame Zielvorstellungen zu entwickeln.

Wie sinnvoll sind Indikatoren?

Wie kann die Wirkung von Nachhaltigkeitsstrategien gemessen und damit überprüfbar gemacht werden? Für die bundesweite Nachhaltigkeitsstrategie hat das Referat von Frank Hönerbach im BMUB gemeinsam mit dem Statistischen Bundesamt Indikatoren entwickelt, die sich an den globalen Indikatoren der Sustainable Development Goals orientieren. Kerstin Wichmann vom Statistischen Bundesamt machte die Herausforderungen deutlich: nicht alle Indikatoren der 17 SDGs mit ihren 169 Unterzielen könnten auf die Länderebene heruntergebrochen werden. Dies liegt unter anderem daran, dass nicht alle Indikatoren auf nationaler Ebene von Bedeutung sind, da sie z.B. nur für Entwicklungsländer gelten. Von den derzeit 63 Indikatoren der aktuellen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung sind geschätzt 22% identisch oder vergleichbar mit den derzeit 232 globalen Nachhaltigkeitsindikatoren. Wichmann schätzte außerdem, dass nur etwa die Hälfte der Indikatoren der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie überhaupt regionalisiert werden könne

Eine besondere Schwierigkeit liegt auch in der Verfügbarkeit von Daten: zu vielen Nachhaltigkeitsthemen liegen keine Daten vor. Die Erhebung neuer Daten ist aufwändig und kostspielig. Lange Zeitreihen, die für die Prognose zukünftiger Entwicklungen notwendig sind, fehlen. Besonders schwierig ist es, die internationale Dimension von nachhaltiger Entwicklung abzubilden. Daten zur Entwicklungszusammenarbeit der Länder sind wenig aussagekräftig, und die Auswirkungen der Landespolitik auf andere Weltregionen kaum erfassbar.

Manfred Lehle, stellvertretender Referatsleiter in der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg (LUBW) berichtete über die Herausforderung, Indikatoren für die Landes- und kommunale Ebene zu entwickeln. In Baden-Württemberg gibt es viele Kommunen mit weniger als 5000 Einwohnern. Dort sei es schwierig, spezifisch für die kommunale Ebene entwickelte Indikatoren anzuwenden. „Indikatoren werfen nur ein Schlaglicht auf eine bestimmte Situation“, kritisierte

Lehle zudem. Für ein breiteres Bild hat das Land in seine Berichterstattung subjektive Indikatoren aufgenommen. Sorgen bzw. Anliegen zum Umweltschutz wurden durch Umfragen erhoben.

Inhalte nicht aus den Augen verlieren

„Nachhaltigkeit ist ein neues Politikfeld. Die Messung von Nachhaltigkeit bezieht sich jedoch vorwiegend auf Beobachtungen und Daten, die oftmals aus völlig anderen Anlässen begonnen wurden, und das Thema nicht in Gänze erfassten. Und: Die Messungen geben nur Auskunft über das bereits Geschehene“, lautet das kritische Urteil von Frank Hönerbach. Es gelte deshalb, langfristig ein umfassenderes Monitoring zu entwickeln, um Nachhaltigkeit in seiner Qualität überhaupt erfassen zu können. Er rief in diesem Zusammenhang dazu auf, die Inhalte von Nachhaltigkeitspolitik nicht aus den Augen zu verlieren: „Viele Diskussionen kreisen um Indikatoren, dabei sollten die politischen Ziele im Mittelpunkt stehen.“ In vielen Bereichen sei man sich schlichtweg nicht einig, was Nachhaltigkeit bedeutet. Oft mache es deshalb keinen Sinn, krampfhaft quantitative Indikatoren zu entwickeln; vieles könne qualitativ besser beschrieben werden.

Albert Statz, Mitglied im ehemaligen Nachhaltigkeitsbeirat des Landes Brandenburg, bekräftigte dies: „Ziele und Indikatoren bieten nur einen beschränkten Blick auf nachhaltige Politik.“ Wie Nachhaltigkeitspolitik generell sei auch deren Überprüfung vom politischen Willen abhängig. Häufig werde der Blick auf die Statistischen Ämter und damit auf technische Aspekte verengt. Richtig eingesetzt können Indikatoren jedoch als Warnlampen sowie zur Veranschaulichung von Nachhaltigkeitszielen eingesetzt werden, regte Statz an. Dazu müsse der Prozess der Indikatorenentwicklung allerdings als Lernprozess organisiert werden – gemeinsam mit der Zivilgesellschaft. Peter Ligner von RENN.mitte stimmte zu: „Über Indikatoren muss politisch diskutiert werden. Sonst werden sie nicht ernst genommen.“

„Nachhaltigkeitsstrategien sind auch Erwachsenenbildung“

Für Jan Tiessen sind Nachhaltigkeitsstrategien deshalb auch ein wichtiger Teil der Öffentlichkeitsarbeit eines Landes. „Alleine die Existenz von und die Auseinandersetzung mit Nachhaltigkeitsstrategien kann Wirkung zeigen“, so seine Einschätzung. Frank Hönerbach bekräftigte dies: „Eine ideale Nachhaltigkeitsarchitektur garantiert noch keine gute Nachhaltigkeitspolitik.“ Für ihn sei vielmehr die Bewusstseinsbildung wichtig, die eine mit Leben und Bedeutung gefüllte Nachhaltigkeitsstrategie haben kann: „Nachhaltigkeitsstrategien sind in erster Linie auch Erwachsenenbildung“, so sein Credo. Dabei gel-

te zu allererst, das Ausmaß der Agenda 2030 deutlich zu machen. Ihr Ziel sei „die Transformation unserer Welt“. Dies könne nicht nur durch Nachhaltigkeitsstrategien abgebildet werden. Die Bedeutung dieses Anspruchs für das Leben jedes Menschen müsse erleb- und erfahrbar gemacht werden.

Nicht nur zu den Bekehrten predigen

Dies hat sich u.a. das Projekt „Gemeinsam für Nachhaltigkeit“ in Nordrhein-Westfalen zum Ziel gesetzt, wie Thomas Kubendorff, Landrat a.D. und Nachhaltigkeitsbotschafter der LAG 21 NRW, berichtete. Das Projekt ist explizit dezentral aus- und an Menschen gerichtet, die bislang noch nichts mit den SDGs zu tun hatten. Zielgruppen sind vor allem Kirchen und Sozialverbände, die als Multiplikatoren wirken. Allein in Nordrhein-Westfalen beschäftigen Diakonie und Caritas mehr als 100.000 Mitarbeitende; es gibt mehr als eine Million Betreute in Einrichtungen. Kernstück des Projekts ist die „Nachhaltigkeitstour NRW“: in 16 kleineren Städten wie Paderborn, Greven oder Borken findet eine Informationsveranstaltung zu regional spezifischen Themen statt. Sechs Wochen später gibt es bei einer Vernetzungsveranstaltung in der gleichen Stadt die Gelegenheit, Nachhaltigkeitsallianzen zu gründen und zu festigen.

Auch Engagement Global setzt mit dem Nachhaltigkeitscamp Bonn auf ein außergewöhnliches Format. Wie bei einem Barcamp üblich, bringen die Teilnehmenden ihre eigenen Themen mit. „Manchmal haben sie auch schon recht konkrete Vorstellungen zu Lösungen“, berichtete Annika Malmes aus Sicht der



Thomas Kubendorff

Veranstalter. Alle Ideen werden gesammelt, anschließend wird abgestimmt. 2017 kamen 34 Workshops mit 160 Teilnehmenden zusammen. Wie klein kann mein ökologischer Fußabdruck werden? Gibt es ein Recht auf eine nachhaltige Stadt? Gibt es einen Business Case für Nachhaltigkeit? Dies sind nur einige der Themen, die 2017 auf der Tagesordnung stan-

den. Für die Veranstalter ist es ein gewisses Wagnis, vorher nicht zu wissen, wie die Agenda aussehen wird. Zwei Annahmen helfen: „Erstens gibt es schon viele Ideen, Projekte und Engagement. Und zweitens können wir mehr erreichen, wenn wir uns zusammentun“, so Malmes.

Analog und digital kommunizieren

Um Themen nachhaltiger Entwicklung in den Alltag von Menschen zu tragen, ist die Verknüpfung von analoger mit digitaler Welt essenziell. Auch wenn hierin zunächst ein Widerspruch liegt, wie Nadine Dembski von der Hochschule für nachhaltige Entwicklung anmerkte: „Digitale Kommunikation ist kurz, knackig und flüchtig. Nachhaltigkeitspolitik ist das Gegenteil: komplex und langfristig.“ Um digitale Kommunikation effektiv zu nutzen, sei es wichtig, die gewünschte Zielgruppe zu definieren und die entsprechenden Kanäle passgenau zu nutzen. Gerade um junge Menschen zu erreichen, sei digitale Glaubwürdigkeit wichtig. „Man muss penetrant und redundant sein“, so ihre Devise.

Dass die Unterscheidung in die „reale“ und die „virtuelle“ Welt nur idealtypisch möglich ist, verdeutlichte Severin Caspari vom Projekt #17Ziele von Engagement Global. Dessen Ansatz ist es, offline kreative Aktionen zu starten und Geschichten zu produzieren. Diese werden dann im Web einer breiten Masse bekannt gemacht. Das Projekt steht für eine visuelle und emotionale Ansprache. Sie bildet einen Gegenentwurf für die in der Nachhaltigkeitspolitik häufig zu findende rationale und informierende Rhetorik. Auch wenn die Ziele für nachhaltige Entwicklung



Christoph Zinsius, Rebekka Hannes (Moderation), Severin Caspari und Nadine Dembski (v.l.n.r.)

von den UN beschlossen und die Bundesregierung die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie verabschiedet habe: „Die SDGs gehören eigentlich niemandem und damit gleichzeitig allen“, so Annika Malmes. Die SDGs dürften kein Eliteprojekt sein.

#17Ziele versucht deshalb den Blick von verschiedenen Gruppen aufzunehmen, die sich sonst nicht mit nachhaltiger Entwicklung befassen. Dazu gehören z.B. die Pfadfinder, der Deutsche Alpenverein oder Hochschulen im kreativen Bereich. Zu finden ist das Projekt z.B. auf Musikfestivals; dort bieten sie interaktive Spiele an. So kommt man leicht ins Gespräch. „Es gibt ein unglaubliches Interesse an den SDGs. Junge Menschen erkennen sofort den internationalen Bezug und die Verbindung zu ihrem eigenen Leben“, zeigte sich Severin Caspari begeistert.

Schwierig sei es, eine konkrete Handlungsaufforderung zu formulieren. Es gebe viele Angebote für bereits Engagierte. „Aber es kann ja nicht sein, dass wir den anderen nur die üblichen Tipps zum Stromsparen, zu nachhaltigem Konsum usw. mit auf den Weg geben können“, mahnte Caspari selbstkritisch.

Mut zum Verzicht auf Komplexität

Einen klaren Kommunikationsauftrag sieht das Umweltbundesamt. Einen Einblick in dessen Aktivitäten gab Christoph Zinsius, Leiter der Internetredaktion. Bereits kurz nach seiner Gründung im Jahr 1974 hatte das Umweltbundesamt einen Zentralen Antwortdienst eingerichtet. Dieser wurde im Zuge der Digitalisierung schrittweise hin zu Social Media ausgebaut. Die Professionalisierung der digitalen Kommunikation wurde lange Zeit von Mitarbeitenden belächelt, berichtete Zinsius: „Man hat mir sogar vorgeworfen, Social Media sei die Infantilisierung der Behörde.“

Selbstverständlich müsse er für die sozialen Medien bewusst Inhalte verkürzen und Komplexität abbauen. Bilder und Videos seien genauso wackelig wie die der Nutzer von Facebook oder Instagram. Aber eine 700-seitige Studie sei eben nur für eine bestimmte Zielgruppe attraktiv. „Für die anderen müssen wir einen Transfer erbringen, z.B. durch Infografiken“, beschreibt Zinsius seinen Job. Er glaube fest daran, dass es wichtig ist, sich als Behörde in den sozialen Medien zu bewegen und Deutungshoheit zu bewahren, „gerade in Zeiten, in denen viele Menschen auf den ersten Blick nicht an Fakten interessiert sind“.

Wie kann Reichweite evaluiert werden?

Doch lässt sich die Wirkung von Veranstaltungen und digitaler Kommunikation messen? Bei der Nachhaltigkeitstour NRW sind die Teilnehmerzahl, die Wirkung der Öffentlichkeitsarbeit und die bei den Folgentreffen angestoßenen Allianzen ausschlaggebend. „Das ist messbar und auch im Projektantrag enthalten“, so Kubendorff.

Eine strategische Auswertung des Nachhaltigkeitscamps, das es 2016 schon einmal stattfand, steht

noch am Anfang und ist auch nicht unbedingt gewünscht: „Eine kleinteilige Evaluation widerspricht eigentlich der Offenheit des Barcamp“, mahnte Malmes. Das Nachhaltigkeitscamp lebt von der Kommunikation der Teilnehmenden: es passiert viel über Twitter oder Blogs. Über diese kann auch im Nachhinein die Vernetzung nachverfolgt werden. Gleichzeitig ist es schwer messbar, wie viele neue Projekte tatsächlich umgesetzt werden oder wie viele neue Kontakte entstanden sind. Auch das Projekt #17Ziele misst viel Output, aber nicht die Wirkung der Kommunikationsmaßnahmen. Für Zinsius sind die sozialen Medien ausgesprochen gut geeignet, Wirkung zu evaluieren: Impressions, Likes und Shares lassen sich mit einem Klick ablesen.

Zum Abschluss der Veranstaltung waren sich die Teilnehmenden einig: Landesparlamente und -ministerien müssen Nachhaltigkeit noch mehr als bisher als Querschnittsaufgabe sehen. Die Bedeutung von Nachhaltigkeit muss in Kommunen, Hochschulen, Nichtregierungsorganisationen, Wohlfahrts- und Sozialverbänden, aber auch auf Musikfestivals und im Internet diskutiert und mit Leben gefüllt werden. Gleichzeitig gibt es in der Gesellschaft bereits eine Vielzahl innovativer Ideen und Lösungsansätze. Ob und wie es gelingt, diese Ansätze miteinander zu verbinden, bleibt abzuwarten.



Plenum

Impressum

Die Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:) wurde 1986 auf Initiative von Willy Brandt gegründet. Als überparteiliche und gemeinnützige Stiftung bietet sie ein hochrangiges internationales Forum für das gemeinsame Nachdenken über drängende Fragen von Frieden und Entwicklung.

Die Berichte zu den Konferenzen und Veranstaltungen der sef: informieren in kompakter Form über die Diskussionen und Ergebnisse.

Herausgeberin
Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:)
Dechenstr. 2 : D-53115 Bonn
Tel. 0228 959 25-0 : Fax 0228 959 25-99
sef@sef-bonn.org : @sefbonn
www.sef-bonn.org

Redaktion
Dr. Michèle Roth

Design Basiskonzept
Pitch Black Graphic Design
Berlin/Rotterdam

Gestaltung
Gerhard Süß-Jung

Die Inhalte geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeberin wieder.

© sef: 2017